

Für die Umwelt findet Bonn nur noch leere Worte

Den Bach hinunter

Von Fritz Vorholz

Kein Schlagwort fasziniert die Umweltpolitiker so sehr wie das von einer marktwirtschaftlichen Umweltpolitik. Das scheinbar Unvereinbare zu versöhnen, die Marktwirtschaft gar in den Dienst des Umweltschutzes zu stellen – welcher überzeugte Marktwirtschaftler könnte dieser Verlockung schon widerstehen? Ungezählt sind denn auch die Bekenntnisse von Umweltminister Klaus Töpfer zu dieser Politikvariante, von deren Charme bisher auch jeder Wirtschaftsminister beeindruckt war. Knappe Umweltgüter wie Luft, Wasser und Boden mit echten Knappheitspreisen zu versehen, damit die natürlichen Ressourcen nicht übernutzt, das heißt zerstört werden, gilt vielen als der Öko-Königsweg schlechthin.

Alles leere Worte. Denn umgesetzt wurde von dieser Erkenntnis bisher fast nichts – mit einer Ausnahme: der im Jahr 1976 beschlossene Abwasserabgabe. Doch, kurioser könnte es nicht sein, die Bonner Regierung ist klammheimlich dabei, diese Errungenschaft der Umweltpolitik abzuschaffen – genau ein Jahr nach der großen Umweltkonferenz von Rio de Janeiro, an deren vermeintliche Konsequenzen für die Bonner Politik zu erinnern sich keiner der Akteure scheut. Heuchlerischer könnte es nicht sein.

Ausgerechnet ein Umweltökonom der ersten Stunde, der Kölner Finanzwissenschaftler Karl-Heinrich Hansmeyer, ist dem Bonner Eigenlob in Sachen Umweltschutz auf die Spur gekommen. Zusammen mit seinem Mitarbeiter Erik Gawel hat Hansmeyer, neun Jahre lang im Sachverständigenrat für Umweltfragen tätig und bis heute Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bonner Finanzministeriums, die Demontage der Abwasserabgabe bis zu ihrem „vorläufigen Höhepunkt“, der nun anstehenden vierten Novelle, sezziert. Seine Schlußfolgerung: „Das Schicksal der Abwasserabgabe belegt auf ernüchternde Weise, daß sich die gegenwärtig besonders populäre deklamatorische Befürwortung von mehr ‚Markt‘ im Umweltschutz rasch verflüchtigt, sobald Marktsteuerung tatsächlich lenkend beziehungsweise belastend spürbar wird.“ Besser als jede Propagandaschlacht zwischen den Helden von Rio, Töpfer samt Bundeskanzler Helmut Kohl, und ihren Widersachern in Opposition und Umweltverbänden belegt Hansmeyers Untersuchung, wo die Umweltpolitik heute steht: ganz unten.

Nach den ursprünglichen Plänen sollte die Abgabe bereits 1976 erhoben werden und mit 25 Mark pro Schadeinheit zu Buche schlagen, um von 1980 an auf vierzig Mark zu steigen. Ziel war es, durch die „Bepreisung“ schädlicher Einleitungen die Abwasserproduzenten in Industrie und Kommunen zu veranlassen, ihre Schmutzfracht zu verringern. Doch fiel der Plan der Wirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre zum Opfer. Die erstmalige Erhebung wurde auf das Jahr 1981 vertagt, der Abgabesatz auf zwölf Mark reduziert. Vierzig Mark wollte die damalige sozialliberale Koalition der Wirtschaft erst im Jahr 1986 zumuten – bereits das eine „wesentliche Abschwächung“ gegenüber dem ursprünglichen Regierungsvorhaben, wie der Sachverständigenrat für Umweltfragen damals feststellte.

Freilich übertrumpft, was Bonn nun im Schilde führt, die Halbherzigkeit der SPD/FDP-Regierung bei weitem. Zwar beschloß die konservativ-liberale Koalition noch im Jahr 1990, die Abgabesätze bis zum Ende des Jahrzehnts

sukzessive auf neunzig Mark zu erhöhen, und vergaß dabei nicht, dies als Beweis ihrer tatkräftigen Umweltpolitik publik zu machen. Aber noch ehe diese Verschärfungen in Kraft treten können, sollen sie nun mit der vierten Gesetzesänderung wieder zurückgenommen werden – im Text der Novelle so verklausuliert, daß nur Eingeweihte das Unterfangen überhaupt bemerken. „Symbolische Umweltpolitik in beispielhafter Weise“, kommentieren Hansmeyer und Gawel.

Damit nicht genug: Weil gleichzeitig auch die bereits vorhandenen Schlupflöcher im Gesetz noch größer werden sollen, fällt die in der Regel zu zahlende Abgabe auf das Niveau von Mitte der achtziger Jahre zurück – nominal. Unter Berücksichtigung der Geldentwertung ist der reale Anreiz der Abwasserabgabe damit niedriger als jemals zuvor.

Als sei dies nicht schon Beerdigung genug, soll die verbleibende Abgabeschuld durch immer umfangreichere Verrechnungsmöglichkeiten minimiert werden. „Eine Lenkungsfunktion“, schreiben die beiden Kölner Finanzwissenschaftler, „kommt der Abgabe jedenfalls endgültig nicht mehr zu.“ Was bedeutet: Die Abwasserabgabe erhält den „Todesstoß“ – ein dreistes Stück Umweltpolitik, zumal die faktische Abschaffung des einzigen „marktwirtschaftlichen“ Instrumentes der Umweltpolitik auch noch mit dem Argument verbrämt wird, damit sei eine „Stärkung des Verursacherprinzips“ verbunden.

Die Operation kommt freilich nicht von ungefähr. Schon seit längerem fordern Industrie und Kommunen unverhohlen die völlige Abschaffung der Abwasserabgabe. Dieses Anliegen ist zwar Interessenpolitisch legitim; daß die Bonner Regierung unter dem Druck der Lobby einknickt und dies auch noch ökonomisch zu rechtfertigen sucht, zeigt indes nur, wie weit die „umweltpolitische Desorientierung“ (Hansmeyer/Gawel) bereits um sich gegriffen hat: Weder die Senkung der Abgabesätze noch die Erweiterung der Verrechnungsmöglichkeiten, noch die Sonderregelungen für die neuen Bundesländer lassen sich ökonomisch begründen. Daß die Kesseltreiber weniger im Umweltministerium als im Bonner Kanzleramt sitzen, ist nur ein schwacher Trost: Die Politik ist ganz und gar ohne Konzept.

Angesichts dieser umweltpolitischen Wirklichkeit mutet das Spektakel um die angeblichen Segnungen des vielbeschworenen „Rio-Prozesses“ geradezu gespenstisch an. Während sich Bonner Emissäre auf internationalem Parkett als Schützer der Wale und des Tropenwaldes aufspielen, geht die Umwelt daheim den Bach hinunter. Während der reale Benzinpreis in Deutschland heute so niedrig ist wie kaum jemals zuvor, beschäftigen die Politiker die Öffentlichkeit seit Jahren mit einer absurden Diskussion über die moderate Anhebung der Mineralölsteuer. Während der Müllnotstand nicht geringer wird, begegnet Bonn dem Problem mit einem Euphemismus namens Kreislaufwirtschaftsgesetz, das sich vor allem in definitiven Verrenkungen erschöpft. Und während allseits die „Bewahrung der Schöpfung“ beschworen wird, schreckt die Regierung seit sieben Jahren davor zurück, endlich die Landwirtschaftsklausel im Naturschutzgesetz zu revidieren, die der Agroindustrie auch noch den Glorienschein der Umweltverträglichkeit verleiht.

Die nun zum Abschluß freigegebene Abwasserabgabe setzt dem Treiben allerdings die Krone auf: Kippt sie, verliert die Umweltpolitik auch noch den Rest an Glaubwürdigkeit.

Ein Jahr nach dem Erdgipfel von Rio will die Bundesregierung das einzige marktwirtschaftliche Instrument für die Umwelt abschaffen – die Abwasserabgabe
